

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.  
Kleinstes Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 20 Mk. ohne Steuern. — Einzelne Nummern 1 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsrates und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die Anzeigenpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen. — Hauptmannschaft: 2 Pf. im amtlichen Teil und von Bedeuten die Zeile 1 Pf. — Einzelzahl und Reklamen 2 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr 277

Mittwoch den 29. November 1922

88. Jahrgang

## Vertilgung und Sächsisches

**Dippoldiswalde.** Am 25. d. M. fand unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmanns v. d. Planitz eine Sitzung des Wohlfahrtsvereins in der Dippoldiswalde-Land. Nach Begrüßung der erschienenen wurde in Erledigung der 30 Punkte umfänglicher Tagesordnung eingetreten. Der Ausschuss nahm Kenntnis von den durch den Bezirksrat bzw. den Versicherungsvereinstretern erfolgten Ergänzungsarbeiten von Mitgliedern für den Pflegeauschuss, wählte seinerseits die durch das Los ausgeschiedenen freien Mitglieder wieder und erklärte sein Einverständnis mit der Erweiterung des in Angliederung an den Pflegeauschuss bestehenden Jugendauschusses durch Hinzunahme eines dritten Vertreters der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenvereinigungen. Der Ausschuss nahm ferner Kenntnis von der Richtigsprechung der Rechnung von 1920/21, vom Stande der jetzigen Kassenverhältnisse und von den im Laufe des Jahres erhaltenen Staats- usw. Unterstützungen und ihrer erfolgten Unterverteilung. Die Infolge der Bedenkerung notwendig gewesene Neuordnung der Reisekosten und Tagegelde der Bezirkspfleger, die sich nunmehr projektual den jeweils für Staatsbeamte festgesetzten Sätzen angleicht, fand Zustimmung des Ausschusses, er beschloß, diese Regelung auch bis auf weiteres beizubehalten und es bei den Entschädigungsansprüchen für die Mitglieder des Pflegeauschusses, die sich ebenfalls nach den jeweils geltenden Sätzen für Staatsbeamte richten, bemenden zu lassen. Mit Interesse wurde der Bericht über die Erholungsanstalten im vergangenen Jahre entgegengenommen. Nach diesem sind insgesamt 107 Kinder, teils in Georgenseid, Sobland, Dürrenberg, teils an der See (Wiek und Öbren) untergebracht gewesen, wofür dem Wohlfahrtsamt 54344,50 Mk. Kosten insgesamt entstanden sind. Soweit diese Kosten nicht von dritter Seite gedeckt sind, ist der Pflegeauschuss mit Uebernahme der Restkosten auf den Pflegebezirk einverstanden. Unter Berücksichtigung der Geldentwertung beschloß der Ausschuss, die Entschädigungsansprüche für die Säuglingsbesuche ab 1. Oktober 1922 auf das Dreifache der bisherigen Höhe zu erhöhen und nahm ferner zustimmend Kenntnis von einer Anzahl vorgetragener Fürsorgefälle. Schließlich wurde noch von einer Mitteilung des Wohlfahrtsvereinsverbandes Dippoldiswalde-Stadt Kenntnis genommen und beschlossen, im Falle der Auflösung des Verbandes mit einer Angliederung der zum Verband gehörigen Gemeinden an den diesseitigen Pflegebezirk grundsätzlich einverstanden zu sein, wegen Regelung der Kostenübernahme jedoch sich endgültige Vereinbarungen noch vorzubehalten.

Anstelle des seither stets abgehaltenen Schützenmahles, vulgo St. Martinsgans, der sich im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse verbietet, hielt die hiesige priv. Schützengesellschaft am gestrigen Montag einen Unterhaltungsabend ab, der des Abwechslungsreichen gar viel bot und der, da er vieles brachte, nicht nur manchem etwas, sondern allen viel brachte. — Ein frühliches Ländchen beschloß auch diesmal den vergnügten Abend.

Ab 1. Dezember wird bekanntlich Zucker nur noch auf Zuckerkarten ausgegeben. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat Ausführungsbestimmungen zur Reichsverordnung erlassen, in denen es u. a. heißt: Zur Durchführung der Zuckerbewirtschaftung wird beim Wirtschaftsministerium eine Landes-Zuckerstelle geschaffen. Der Mundzucker darf nur gegen Vorlegung der vom Kommunalverband ausgegebenen Zuckerkarte abgegeben werden. Die Verbraucher sind in der Wahl des Kleinbäckers frei. Etwas schon erfolgte Eintragungen in Kundenlisten der sonstigen Zulieferungen bestimmten Kleinbäckern gegenüber sind ungültig. Die Abgabe von Zucker darf von der Abnahme anderer Waren nicht abhängig gemacht werden.

**Dippoldiswalde.** Nach einem Rundschreiben des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 13. September 1922 und auf Grund der Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums vom 21. Oktober 1922 ist am 1. Dezember 1922 eine Viehzählung vorzunehmen. Sie erstreckt sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Maultiere und Maulesel, Esel, Mäuler, Schafe, Schweine, Ziegen, Federziege, Kaninchen und Wiesel.

**Stern-Wahlspiele.** Am Mittwoch wird der ganz hervorragende neue Großfilm „Der Schatten der Gaby Lee“ mit Grete Hollmann, Otto Gebühr und Karl Suen in den Hauptrollen aufgeführt. Das prachtvolle, künstlerisch hochwertige Werk ist dem Pariser Leben entnommen.

Als der Name eines neuen Reichskanzlers in der Presse auftauchte, als da der Name Cuno genannt wurde, hat sich wohl mancher alte Dippoldiswalder des alten, würdigen, schlanken Kauf- und Handelsmann August Cuno erinnert, der sein Geschäft im Eckhaus Kirchplatz und Herrengasse betrieb (jetziger Inhaber Joh. Richter). Der Genannte, ein geborener Seifersdorfer, Ende der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts auch Ratsherr in unserer Stadt, hatte keine Kinder und ist als der Reichskanzler kein direkter Nachkomme unseres ehemaligen Mitbürgers. (Man sehe übrigens nachfolgende Notiz einer auswärtigen Zeitung.)

Der neue Reichskanzler Dr. Cuno entstammt, wie das „Kuedlinburger Kreisblatt“ mitteilt, einer alten Kuedlinburger Familie. Sein Großvater war Chauffeurgeldbesitzer in dem Chauffeurhaus an der Straße Kuedlinburg-Mieder, sein Vater war zuletzt Geheim-Regierungsrat im Kriegsministerium. Nahe Verwandte von ihm leben noch in Kuedlinburg, nämlich der Sattlermeister Cuno und der Lehrer Fritz Cuno, beides Vettern des Reichskanzlers.

**Schmiedeberg.** Tagesordnung zur öffentlichen Sitzung des Schulbezirksvorstandes Freitag den 1. Dezember 1922 abends 7 1/2 Uhr in der alten Schule (Zimmer Nr. 9): Mitteilung. — Schulinternationale für den Ortsbezirk. — Festlegung der Entschädigung für Ueberlassung von Schulräumen an Vereine usw. — Abrechnung der Bauausführungen. — Anfrage des Bezirkschulamtes, Fortbildungsschulverband betr. — Antrag auf Einführung des Romanunterrichts in der Mädchenfortbildungsschule. — Besuch des Herrn Lehrer Kist um Gehaltsnachzahlung auf Kriegsjahre. — Festlegung des Mietzinses für Dienstwohnungen usw. — Etwas noch Eingehendes.

**„Postbote.“** Eine „mysteriöse“ Geschichte, die in letzter Zeit in

hiesiger Gegend kursierte und die Einwohnerschaft in Aufregung versetzte — es handelte sich um ein angebliches Automobil-Unterfangen auf einen jungen Mann aus Börnchen, den sie im Auto hätten verschleppen wollen — hatte seine Aufklärung zur Genugung der Einwohnerschaft dahin gefunden, daß die ganze Geschichte der Phantasie des betreffenden jungen Mannes entsprungen ist, der in jugendlichem Uebermut eine iherhaft getane Ueberzeugung zu einem Erlebnis gestaltet und unwahre Angaben über eine angebliche „Einführung“ machte.

**Verden.** Das sächsische Wirtschaftsministerium hat die Milchhöchstpreise für das ganze Land vom 29. November ab auf 70 Mk. je Liter Vollmilch ab Stall, für Magermilch und Buttermilch auf 35 Mk. je Liter festgesetzt. Hierzu können die Landmolkereien einen entsprechenden Zuschlag fordern, der jedoch 8,40 Mk. bzw. 4,20 Mk. je Liter nicht übersteigen darf. Bei Entfernungen über 5 Kilometer kann außerdem ein Transportzuschlag bis zu 2 Mk., über 3 Kilometer bis zu 3 Mk. erhoben werden. Der Butterpreis wird auf 700 Mk. je Pfund ab Gehöft und 770 Mk. ab gewerblicher Molkerei festgesetzt. Quark mit 75% Wassergehalt kostet 70 Mk. das Pfund. Der Kleinkauf für 1 Liter Vollmilch soll keinesfalls mehr als 80,50 Mk. betragen.

**Domsitz.** Der Gemeinderat beschloß die unentgeltliche Totenbestattung. Die Kosten für den Geistlichen, für Orgelpiel usw. werden nicht mit übernommen.

**Pirna.** Wegen Verschmelzung der Städte Berggießhübel und Gottscheuba, sowie der Gemeinde Hartmannsbach fand unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns v. Schammel, Pirna, als Unparteilichen, in Gottscheuba eine Verhandlung statt, die aber zu keinem Ergebnis führte. Die schon seit längerer Zeit angestrebte Verschmelzung ist damit als gescheitert anzusehen.

**Heidenau.** Eine „Pferde-Debatte“ gab es jetzt im Gemeinderat. Es handelt sich dabei um die Beschaffung eines Pferdegepans für den Gemeindebauhof, welcher Vorschlag zunächst Gegner fand. Die für die Anschaffung geltend gemachten Gründe gaben dann aber den Ausschlag. Zum Ankauf der Pferde bewilligte man ein Berechnungsgeld von 500 000 Mk. An Arbeit wird es den Heidenauer Gemeinde-Rosinanten nach den gegebenen Darstellungen nicht fehlen.

**Sobitz.** Hier wurde ein junger Mann aus Schandau festgenommen, der sich an den Demonstrationen in Dresden beteiligt und dort Herrenstoffe gestohlen hatte, die er hier zu billigen Preisen verkaufte.

**Bernsdorf.** Die hier tätige Gemeindeführerin Ernestine Wänsche ist als Hilffschöpfung gewählt worden.

**Rönsdorf.** In der Nacht zum Sonntag wurden aus dem Schaufenster und dem Verkaufsladen eines hiesigen Kürschners Pelzwaren im Werte von etwa 2 Millionen Mark gestohlen.

**Ramms.** Die Arbeiter der Grube Hane hatte sich bereit erklärt, am Vultage eine Schicht zu arbeiten. Sie will nun 25 Prozent des hierfür erhaltenen Lohnes für die Altershilfe abgeben. Auch andere Gruben sind diesem Beispiele gefolgt.

**St. Michaelis.** Aus den Kartoffelspenden der hiesigen Landwirte und dem Ergebnis einer Hausammlung konnten an 68 Bewohnte des Ortes 194 Zentner Kartoffeln unentgeltlich verteilt werden.

**Orlitz.** Acht Landwirte von Ruhlsen erklärten sich bereit, an ihre bisherige Milchleistung das Alter Vollmilch für 85 Mk. und das Alter Magermilch für 45 Mk. abzugeben. Der Gemeinde Rat hat der Rittersgüterbesitzer von Abendroth über 300 Zentner Kartoffeln zu wesentlich verbilligtem Preise zur Verfügung gestellt; außerdem erhalten die Vermittler, die Unterstützung durch die Armenhilfe bekommen, je 3 Zentner umsonst. Ein Gutsbesitzer aus Wetzlich, der nicht genannt sein will, hat der Stadt Ruhlsen für die minderbemittelte Bevölkerung 20 Zentner Kartoffeln unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

**Reitz.** Einen besonders glücklichen Fang machte dieser Tage ein Kriminalbeamter bei der Neolien von Tröbbergelästen. Er fand in dem Bunde eines solchen, eines 23jährigen Mannes, Erträge über gefasste Rauchwaren. Bei näherer Prüfung ermittelte er, daß die Waren einem hiesigen Rauchwarenhändler durch den eigenen Markthelfer, den 22 Jahre alten, oft vorbestraften Kurt Hart, gestohlen worden waren und einen Wert von 2 Millionen Mk. hatten. Mit Hilfe seines jüngeren Bruders, Erich Hartig, der gleichfalls oft vorbestraft ist, hatte er die Felle — 30 Stunks, 29 Opiumselle und 9 Bismarcken — für 55000 Mk. an jenen Tröbber verkauft. Offenbar hat der ehrlose Mensch noch bedeutend mehr gestohlen; so viel bis jetzt festgestellt, fehlen bestimmt noch 60 zugehörte amerikanische Opiumselle.

**Chemnitz.** Am Sonnabend früh 5.40 Uhr erfolgte eine böswillige Alarmierung der Feuerwehr durch den öffentlichen Feuerwehler Brückenstraße 9. Der Täter wurde von einem patrouillierenden Polizeibeamten überrascht und konnte festgenommen werden. In Anbetracht dessen, daß der Täter außer der zu erwartenden gerichtlichen Strafe die Kosten der Alarmierung, die infolge der sehr hohen Betriebsstoffpreise sehr beträchtlich sind, sowie die vom Rate der Stadt ausgefachte Belohnung für die Ermittlung des Täters tragen muß, dürfte dies für den Betroffenen sehr kostspielig werden.

**Muldenhammer.** Am Mittwoch vormittag wurde die Leiche des seit etwa 4 Wochen vermißten Vankbeamten Friedrich beim Ablassen des großen Teiches aus dem Schlamme zutage gefördert. Man hatte seinerzeit vom Ablassen des Teiches abgesehen, da der Fischbestand zu sehr gelitten hätte. Auf nochmaliges Ansuchen der Angehörigen ist dies jetzt aber geschehen. Es bleibt immer noch ein Rätsel, wie Friedrich in den Teich kam, der von beiden Seiten nicht gut zu erreichen ist.

**Plauen i. V.** Aus einer Sandgrube in der Oststadt sind in der letzten Zeit gegen 23 Zentner Metalleintragungen worden. Jetzt hat sich herausgestellt, daß ein dort beschäftigter Arbeiter das Eisen gestohlen und bei einem Händler verkauft hatte. Der daraus erzielte Erlös bezifferte sich auf 90 000 Mk. Daraus kann man ersehen, daß sogar Metalle, das früher kaum beachtet worden ist, heute sehr hoch im Preise steht.

**Löbtau.** Wegen der steigenden Preise für die Ladenbeleuchtung haben die hiesigen Lebensmittelhändler beschlossen, ihre Läden bereits abends 6 Uhr zu schließen.

## Amerikas Europapolitik.

Die Forderung im Gefüge des englischen Weltimperiums, die starken Selbstständigkeitsbestrebungen der Dominions, der Wachsstum der zentralen, zusammenfassenden und richtunggebenden Regierungsgewalt in London ist etwas, das die deutschen Politiker nicht richtig sehen. Denn sonst hätten sie merken müssen, daß die englische Weltgeltung und Weltbeherrschung einfach fundamental erschüttert ist. Erschüttert ist es vor allem dadurch, daß heute der französische Imperialismus ganz Europa beherrscht und diese militärische Beherrschung in eine wirtschaftliche zu erweitern bestrebt ist. Das ist der Sinn der französischen Rheinlandpolitik.

Wie ist die Einstellung Amerikas zu dieser Entwicklung? Die Politik der amerikanischen Hochfinanz und Industrie fördert diese Entwicklung mit allen Kräften. Sie will das Erbe der englischen weltwirtschaftlichen Herrschaft übernehmen. Auch in Europa, in der diesseitigen Hemisphäre. Die Voraussetzung für diese Politik ist die Unterbindung jeder Möglichkeit, daß England jemals wieder die Vorkherrschaft über Europa gewinnt und, gestützt auf diese Machtbasis, eine straffe, gesicherte Beherrschung der Balkan- und Völkerbrücke im Orient. Das heißt, Amerika hat ein dringendes Interesse daran, die heutige Vormachtstellung Frankreichs in Europa zu erhalten und zu sichern. Das bedingt nun wiederum einen dauernden machtpolitischen Ohnmachtzustand Deutschlands, mit dessen Erstarken England eines Tages die Vormacht der Franzosen brechen könnte. Mit einem Wort: Die Grundlage der amerikanischen Politik ist das Verbleiben Frankreichs am Rhein.

Von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet erscheint alles anders selbstverständlich. Frankreich am Rhein wird nicht mehr sein als der Mandatar und Bogel Amerikas. Eine internationale Reparationsanleihe wird die deutsche Substanz und Industrie mähelos in die Hände Amerikas spielen und uns in vollkommene wirtschaftliche Abhängigkeit bringen. Es kommt dazu, daß eine Verminderung der Reparationsverpflichtungen, auch eine spätere eventuelle Revision des Versailler Vertrages, an dieser Abhängigkeit nichts wird ändern können. Amerika hat natürlich kein Interesse an einer weiteren Selbstzerfleischung Europas. Auf dem Wege über das Jugoslawien der verlangten Pfänder und Sicherheiten am Rhein, über die internationale Anleihe, die, im Verein mit dem Moratorium, sowohl die Mark stabilisieren, wie die dringenden finanziellen Bedürfnisse Frankreichs befriedigen kann, wird die Lösung im amerikanischen Sinne gefunden werden.

Daß jemals Frankreich Europa machtpolitisch und wirtschaftspolitisch wird beherrschen können, die Gefahr ist nicht vorhanden. Dazu fehlt ihm erstens die eigentümliche Kraft, dem steht die dauernde Feindschaft des verewaltigten Deutschland und Englands gegenüber.

Das ist die Hilfe, die Deutschland von Amerika erwarten hat.

## 890 Milliarden Defizit.

Die trostlose Lage unserer Reichsfinanzen. In der letzten Sitzung des Reichsrats stellte sich der neue Reichskanzler Dr. Cuno den Vertretern der Länder vor und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Aufgaben, die uns in der nächsten Zeit bevorstehen, nicht bewältigt und gelöst werden können von einem Kabinett allein in Zusammenarbeit mit dem Reichstag, sondern er dazu der verständnisvollen Zusammenarbeit mit den Ländern bedürfe. Der Reichskanzler kündigte ferner an, bald die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Aussprache nach Berlin zu bitten, die für die Arbeit des Kabinetts grundsätzlich und grundlegend sein soll.

Hierauf ergriff Ministerdirektor Sachs das Wort zur Begründung des sechsten Nachtrags des Reichshaushalts. Dieser Nachtrag gibt ein geradezu niederdrückendes Bild unserer allgemeinen Finanzlage. Der Gesamtschuldbetrag erhöht sich von bisher 233 Milliarden Mark auf 890 Milliarden, wovon nur etwa 46 Milliarden aus der in diesem Jahre fälligen Zwangsanleihe gedeckt werden sollen. Es bleiben somit 844,8 Milliarden Mark ohne Deckung. Der Ueberschuß im Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung ist verschwunden. Nur die Eisenbahnverwaltung deckt noch die Ausgaben mit den eigenen Einnahmen. Die Postverwaltung erfordert schon einen Zuschuß von 47,9 Milliarden Mark.

Zur Herstellung des Gleichgewichts, das die Reichsregierung in ihrer letzten Reparationsnote in Aussicht gestellt hat, muß mit dem Abbau der Re-